

Keine Millionen für Kampfdrohnen Mehr Geld den Kommunen

In der letzten Ausgabe des „blickpunkt“ schrieben wir: „Die Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen.“ Darauf wurden wir mehrmals angesprochen. Wir erhielten zudem zustimmende Telefonanrufe. Eine Frau hat uns dabei besonders beeindruckt: Sie sagte, „die meisten getrauen sich gar nicht, ihre Armut zuzugestehen“ und „mir bleiben im Monat 80 bis 100 Euro zum Leben“. Wir schreiben seit Jahren über dieses Thema und meinen, das sind Fakten, die man im Rathaus beachten sollte. Aber dort haben sie sich unter einen CDU-Schutzschirm begeben, der keinen Armen schützt. Jetzt, nachdem der Haushaltsentwurf der Stadt von der Aufsichtsbehörde zurückgewiesen wurde, will man erneut an allen Ecken sparen und versuchen, so über die Runden zu kommen. Es wird nicht gelingen. Es wird nichts besser werden, sondern

immerschlechter. Jedenfalls, solange nicht die Proteste anwachsen und SPD, Grüne und Schwarze Angst kriegen, daß sie bei der Kommunalwahl eins „auf den Deckel“ kriegen. Das wäre hilfreich. Immerhin, momentan getraut man sich nicht an eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B. Die 800 Widersprüche sind den Herrschaften in die Knochen gefahren. Sagen muß man auch: Geld ist genug da, es wird nur oben falsch ausgegeben. Jeder erinnert sich, als man über Nacht die Banken „rettete“. Jetzt will die Große Koalition Kampfdrohnen anschaffen, die „Steuergelder im dreistelligen Millionenbereich verschlingen“. Ob die SPD-Minister manchmal an Willy Brandt denken, der sagte: „Es hat keinen Sinn, die Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“?

Bürger werden weiter belastet

Nach den Haushaltsvorgaben der Landesregierung darf 2015 der Jahresfehlbetrag 500.000,- € nicht überschreiten. Deshalb hat der Stadtkämmerer jetzt 34 Änderungen am Haushaltsentwurf vorgelegt.

Bei der Einbringung und der ersten „Lesung“ hatte er noch anders geklungen. Insbesondere wollte er von Folgen der deutlichen Überschreitung der Defizite in den Jahren 2013 und 2014 nichts wissen, die noch auszugleichen sind. Offensichtlich ist er sich nach wie vor nicht im Klaren, was er mit dem „Schutzschirmvertrag“ unterschrieben hat. So muss er nach Ansicht des RP zu hoch angesetzte Einnahmen nach unten „korrigieren“ und dafür neue Einnahmen und Kürzungen einplanen. Ob die neuen Zahlen realistisch sind, ist fraglich. Aber gekürzt soll werden, u.a. bei KITAs, Sportstätten, Jugendarbeit, Brandschutz und beim Personal. Für's Parken am Schwimmbad und die Buchausleihe sollen die Bürger demnächst zahlen. Vom „Wassergeld“ wird eine „Konzessionsabgabe“ an die Stadt fällig. Die Landratswahl kostet „extra“. In den Folgejahren werden vom RP jeweils steigende Überschüsse bis zu 2,5 Mio. € im Haushalt erwartet. Das klingt nach weiteren Belastungen.

Wir stellen fest: Im Rathaus greift man erneut nach dem Rotstift, statt „Gegendruck“ zu entwickeln.



Ostermarsch 2015



Es ist richtig, auf die Straße zu gehen

Während diese Zeilen geschrieben werden, erreichen uns erneut fast täglich Schreckensmeldungen. Hunderte Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, ertrinken im Mittelmeer. Wir erleben immer noch Gleichgültigkeit, wo ein Aufschrei nötig wäre.

Gleichzeitig andere alarmierende Meldungen: „Die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL zählen einen deutlichen Anstieg von Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Im Jahr 2014

lassen sich 153 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zählen, darunter 35 Brandstiftungen. Zudem haben wir Kenntnis von 77 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Schon 2013 war laut Bundeskriminalamt die Anzahl der Gewalt- und Propagandelikte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2012: 24 / 2013: 58) gestiegen. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze.“

Sollen wir da ruhig sein? Sollen wir da schweigen?

Beim diesjährigen Ostermarsch sagte einer der Redner, Pfarrer Otto Löber

u.a.: „Ich habe im letzten Jahr erstmals Angst um den Frieden in Europa bekommen. Richtige Angst, daß ich mich überwinden mußte, Nachrichten zu lesen, weil ich Angst hatte, jetzt geht's los mit dem Krieg als Flächenbrand.

Ich war und bin fassungslos, wie die Grundlagen unserer Politik innerhalb weniger Monate weggeschmolzen sind, wie Schnee in der Sonne. Die Vision von Europa, dem gemeinsamen Haus Europa, wo daran gebaut wird, durch Handel und Wandel - diese zukunftsfähigen Visionen zerbröseln innerhalb weniger Monate, ein eisiges Klima entsteht, Festungsdenken beginnt, Blockdenken, Bürgerkrieg, Krieg.

Egal wie wir auf die Welt schauen, die Kriege kommen immer näher zu uns. Die ankommenden Flüchtlinge lassen es nicht mehr zu, wegzuschauen.

Beim „Krieg gegen den Terror“ sind 1,3 Mio. Menschen getötet worden in Afghanistan, Pakistan und Irak. Die Städte Köln und Bonn zusammen, alle Menschen ermordet.

Wir wissen eines sehr genau, wenn die Maschinerie des Krieges anspringt, ist sie nicht mehr zu stoppen.

Genauso wenig wie man Flüchtlingsströme stoppen kann.

Es ist eine Schande und die Zerstörung der Vision von Europa, was an den Außengrenzen Europas passiert. Da ertrinkt unsere Zukunft.“

Deshalb erneut die Frage:

Sollen wir da ruhig sein? Sollen wir da schweigen?

Man muß aktiv werden!

Es ist richtig, auf die Straße zu gehen!

Gemeinsam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

In Tröglitz - dort, wo Nazis ein für Flüchtlinge vorbereitetes Haus in Brand setzten (Foto), haben vor 70 Jahren rund 1000 Menschen den Tod gefunden: Es gab dort eine KZ-Außenstelle. Die Todesrate im Lager war hoch. Von den knapp 9000 Menschen, die dort eingepfercht waren, starben fast 6000, davon etwa 1000 im Lager, durch Hunger und Entkräftung. Nicht wenige fielen während der Schwerstarbeit auf dem Fabrikgelände tot um. Sobald dort Bauschutt weggekartt werden musste, wurden die Leichen zusammen mit ihm weggebracht. Rund 3000 der bei Tröglitz Gepeinigten wurden, wenn sie nicht mehr arbeitsfähig waren, ins KZ Auschwitz gebracht und dort vergast. Weitere 2000 Menschen verloren ihr Leben nach Auflösung des Lagers im April 1945 auf Todesmärschen nach Dachau und Bergen-Belsen oder in einem dieser Lager. Die Verbrecher waren damals die Faschisten und Rassisten. Die heutigen Brandstifter sind sehr ernst zu nehmen.



Widerrede.

(Aus „Freitag“, gekürzt)

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hineingehen müssen“, sagte Erich Maria Remarque.

Das trifft den Punkt. Wer von denen, die heute dafür plädieren, Deutsche müssten ihre Verantwortung in der Welt vor allem tötend und sterbend wahrnehmen, zieht der persönlich in den Krieg? Über die „Notwendigkeit von Kriegen“ schwadronieren gesetzte Damen und Herren aus sicherem Abstand, das blutige Geschäft müssen andere verrichten.

Der Angriff auf Irak seit 2003 und die Besetzung durch die USA haben einer halben Million Iraker das Leben gekostet. Wer es, wie ich, damals gewagt hatte, das Vorgehen der USA zu kritisieren, wurde als Verschwörungstheoretiker und Saddam Hussein-Versteher verunglimpft. Heute weiß man, dass George W. Bush zahlreiche PR-Agenturen beauftragt hatte, um pazifistischen, „Weicheiern“ den Krieg schmackhaft zu machen. Momentan wird das gleiche „Spiel“ wieder gespielt. Und statt der Hussein- sind nun Putinversteher ins Visier der Bel-

Deutschland gibt pro Jahr über 30 Milliarden Euro für Militär aus, aber nur 29 Millionen für den Friedensdienst – das sagt alles



lizisten geraten. Als gäbe es nichts Schlimmeres als den Versuch, die andere Seite zu verstehen - was ja nicht mit Zustimmung gleichzusetzen ist. Glaubt denn wirklich noch ein aufgeklärter Mensch, dass wir um der Demokratie willen streiten und bomben? Hans-Peter Dürr, der verstorbene große Physiker, schrieb: „Man braucht kein Pazifist zu sein, um zu erkennen, dass Krieg in seiner heute üblichen hoch-mechanisierten over-kill-Form nicht mehr rational als Problemlöser fungieren kann, da durch ihn, in der Regel, vor allem Unschuldige, jetzt und auch künftig Lebende, getroffen werden und nicht die vermeintlichen oder gar eigentlichen Schurken.“

In den Jahrzehnten, in denen ich mich bewusst mit Nachrichten beschäftige, habe ich niemals eine derartige Propagandaschlacht erlebt wie heute. Noch ist allenthalben viel gesunder Menschenverstand, sind Mitgefühl und Zurückhaltung in der Bevölkerung verbreitet. Aber durch den Dauerbeschuss mit Un- und Halbwahrheiten kann man den Menschen diese Eigenschaften auch nach und nach abziehen. Wie macht man ein friedliebendes Volk kriegslüstern? Man hat dies zu Beginn des Ersten Weltkriegs gesehen: durch Propaganda, durch Erfindungen und Lügen, durch die Erschaffung eines Feindes.

Während das Volk mit Brot und Spielen gefüttert wird – wobei es mit dem Brot für die wachsende Schicht der Armen hapert – dealt die Große Koalition fleißig weiter mit Waffen: für „lupenreine Demokratien“ wie Saudi

Arabien und Singapur. Sie werden in der jeweiligen Region weiterverkauft, ohne das Deutschland irgendeine Form der Kontrolle darüber hätte. Vermutlich will man das auch gar nicht. Zu große Zurückhaltung beim Töten könnte Arbeitsplätze in der heimischen Rüstungsindustrie gefährden. Eine neue „Kultur des Krieges“ entsteht gerade, sagt Jakob Augstein in einem Kommentar. In einer Zeit, in der es mehr bewaffnete Konflikte gibt als je zuvor, wird nun aus allen Ecken wieder auf den Pazifismus eingepöbeln. Anstatt sich Gedanken zu machen, wie der Friede vorbereitet werden kann, denkt man in bestdotierten Think Tanks darüber nach, wie man neue Märkte erschließen kann: mit Waffen und der immer gleichen Anmaßung, sich auf der Seite des Guten zu wähnen. Und ein missbrauchter Gott wird wohl bis in alle Ewigkeit die Waffen segnen müssen – vorzugsweise für beide Varianten des „Guten“.

Uns wird weisgemacht, dass Frieden noch immer das Endziel westlicher Politik sei. Was wäre aber, wenn Instabilität im Nahen Osten geradezu erwünscht wäre, um militärische Dauerpräsenz zu rechtfertigen? Was wäre, wenn es ohne die westliche Politik den „Islamischen Staat“ (IS) gar nicht gäbe? Was wäre, wenn all dieser Wahnsinn wohlgeglitten wäre, um immer wieder aus „humanitären Gründen“ eingreifen zu können und die Welt in Unruhe zu halten? Es wäre ehrlicher, zuzugeben, dass der Kapitalismus immer wieder Kriege braucht, um sich am Leben zu halten.

Wenn wir es nicht schaffen, eine internationale Friedensbewegung auf die Beine zu stellen, die ein eindeutiges „Mit uns nicht!“ skandiert, kann es passieren, dass Europa wieder in einem Krieg verbrannt wird. ...



NIE WIEDER FASCHISMUS NIE WIEDER KRIEG

Fritz Zängerle, Rüsselsheim

Kommunist und legendärer Betriebsrat bei Opel

Vor 70 Jahren, am 25. März 1945, haben Emilie und Fritz Zängerle Rüsselsheim mit weißen Fahnen friedlich den US-Truppen bei Alt-Haßloch übergeben. Dadurch wurden weitere unnötige Tote verhindert. Diese außerordentlich mutige Tat wurde u.a. mit einem Stolperstein geehrt.

Fritz Zängerle war nach 1945 nicht nur als Gewerkschafter, Betriebsrat und Kommunist, sondern auch Stadtverordneter der KPD in Rüsselsheim aktiv. Er leistete einen großen Beitrag zum Wiederaufbau von Rüsselsheim und im Opelwerk.

Zängerle wurde am 31. März 1911 in Langen als Sohn eines Maurers geboren. Er starb am 29. Dezember 1996. Nach seiner Ausbildung und einigen Berufsjahren in Frankfurt wechselte er zur Adam Opel AG nach Rüsselsheim. Er arbeitete von 1936 bis 1974 in der Werkzeugmacherei und später als Betriebsratsmitglied. Er war über 40 Jahre Metall-Gewerkschafter, erster Betriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG und später 29 Jahre freigestellter Opel-Betriebsrat.

Zängerle war Mitglied der KPD. Für seine Partei wurde er 1945 in den Beratenden Landesausschuss entsandt. 1949 war er Mitglied der ersten Bundesversammlung in Bonn.



Fritz Zängerle. Die alten Opeler kennen ihn noch. Langjähriger beliebter Betriebsrat bei der Adam Opel AG, aktiv in der IG-Metall und aktiv in der KPD und DKP. Er war im Widerstand gegen die Nazis. Er gehörte zu jenen, die sich bei Opel illegal auf den Tag der Befreiung vorbereiteten. Mit einer Stanze stellen sie Abzeichen her - ein „F“, es sollte für Freiheit stehen. Zängerle war wie andere als Kommunist in der Widerstandsgruppe bei Opel. Fritz und seine Frau Emilie (Foto) waren mit dem 1942 hingerichteten Opel-Widerstandskämpfer Walter Rietig gut befreundet. Auf dem Foto hat er den kleinen Sohn von Walter Rietig auf den Knien. Rietig selbst steht an der Tür. Wenige Zeit später kam er unter das faschistische Fallbeil.

Walter Rietig

Walter Rietig wurde am 4. November 1906 als Sohn des Lackierers Max Rietig und dessen Ehefrau Emilie geboren.



Walter lernte den Beruf des Spenglers. Er wurde auf Montage zu Opel nach Rüsselsheim geschickt und blieb dann dort hängen. Seit 1929 war er bei der Firma Opel in Rüsselsheim angestellt, zunächst befristet, später fest.

1939 wurde der Sohn Gerhard geboren. Walter war parteipolitisch nicht gebunden, fühlte sich aber der Arbeiterbewegung zugehörig.

Von 1926 bis 1928 war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, einer

Jugendorganisation der SPD, und seit 1929 auch bei dem der SPD nahestehenden Touristenverein „Naturfreunde“ in Langen. Walter galt

als „harmloser, guter Mann, der niemandem etwas zuleide tun konnte“. Seine Unbekümmertheit und Gutgläubigkeit sollte ihm zum Verhängnis werden. Sein Arbeitskollege, Fritz Zängerle, beschreibt ihn so: „Manchmal war er mit kritischen Äußerungen gegenüber dem Naziregime leichtsinnig, achtete nicht darauf, mit wem er gerade sprach“.

Denunziert wurde er im Sommer 1941. Er habe sich wiederholt regimiekritisch geäußert, gab ein Arbeitskollege zu Protokoll. Noch am Tag seiner Versetzung in eine neue Abteilung im Mai 1942 habe er Beschwerde über die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter geführt. Auch habe er den deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 als einen rechtswidrigen Überfall bezeichnet. Und er habe sich kritisch über die nationalsozialistische Judenpolitik geäußert. Außerdem, so mutmaßte der Denunziant, unterhalte Rietig unerlaubte Kontakte zu den französischen Kriegsgefangenen. Zwei weitere Denunzianten bestätigten diese Aussagen.

Am 22. Dezember 1942 wurde Walter Rietig in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf
lädt ein zur Installation

„Denkmal für die politisch
Verfolgten in Mörfelden
in den Jahren 1933 – 1945“

Sonntag, den 3. Mai 2015, 17 Uhr
Langgasse 29, rechts neben der ev. Kirche
(Standort des alten Mörfelder Rathauses)



70 JAHRE DANACH TAGE DER BEFREIUNG

Nach 70 Jahren

Einstige Häftlinge des KZ-Buchenwald, ihre Familien und Freunde trafen sich im April 2015 zum Gedenken an die Selbstbefreiung.

Zu den Gedenkfeiern waren ehemalige Sklaven an jenen Ort zurückgekehrt, an dem sie von den angeblichen Herrenmenschen grausam gepeinigt wurden. Über 56.000 ihrer Kameraden wurden in dem Lager der Nazis umgebracht oder starben elendig an Hunger und Entbehrung.

„Ich bin hier, damit das nicht vergessen wird“, sagt David Perlmutter, der als siebenjähriger im Dezember 1944 mit seinem Vater aus einem Lager weiter im Osten nach Buchenwald kam.

Überlebt hat er in Block 8 durch die schützende Hand des Kommunisten Wilhelm Hammann, der als Blockältester fast 160 jüdische Kinder vor der SS rettete. Dafür wurde er von Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.

Wilhelm Hammann war Lehrer. Nach 12 Jahren Haft in faschistischen Kerkern kam er aus Buchenwald zurück. Im Juli 1945 wurde er Landrat des Kreises Groß-Gerau. Am 26. Juli 1955 starb er an den Folgen eines tragischen Autounfalls.

Der Kreistag und die Kreisverwaltung tun sich seit jeher sehr schwer damit, die persönlichen und politischen Verdienste Wilhelm Hammanns zu respektieren, weil er als Kommunist ein unbequemer politischer Gegner war und offensichtlich über den Tod hinaus ist.



Am 19. April 1945 kamen im befreiten Konzentrationslager Buchenwald 21.000 Überlebende zu einer Trauerkundgebung zusammen und legten den Schwur von Buchenwald ab, der in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache vorgetragen wurde.

Der Schwur von Buchenwald



Wilhelm Hammann

Kameraden! Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazi-Bestie und ihren Helfershelfern ermordeten 51 000 Gefangenen!

51 000 erschossen, gehängt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt. 51 000 Väter, Brüder, Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren. 51 000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an! Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. ...

Heute sind wir frei! Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und

Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt, F. D. Roosevelt. Ehre seinem Andenken! Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. ...

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. ...

WIR SCHWÖREN (Leicht gekürzt)



Das Töten wird leichter

Die Bundesregierung will Kampfdrohnen anschaffen. Kosten noch ungewiss. „Allein die Anschaffung der für die Bundeswehr vorgesehenen Einheiten würde Steuergelder im dreistelligen Millionenbereich verschlingen“, sagt die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Dazu kämen noch Kosten für die notwendige Infrastruktur und den Betrieb- und die könnten leicht aus dem Ruder laufen. Die Kosten sind nur die eine

Seite. Experten sagen, dass das Töten aus der Distanz die Hemmschwelle für kriegerische Aktionen senkt.

70 Jahre nach Kriegsende riecht es in allen Ecken nach Krieg. Mit den bewaffneten Drohnen ist eine neue Qualität erreicht. Ein Soldat, der in Nevada oder Berlin einen „Joystick“ bedient, nimmt ganz anders am Kampf teil, als ein Pilot vor Ort. Die Wirklichkeit reduziert sich auf den Bildschirm - und das beeinflusst zwangsläufig das Verhalten des Soldaten.

Außerdem werden Politiker künftig weniger Bedenken haben, einem Militäreinsatz zuzustimmen. Die Politiker der „Großen Koalition“ bieten keine Gewähr dafür, dass der Satz von Willy Brandt „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ beachtet wird.

Das Töten wird nämlich leichter. „Gerade die westlichen Gesellschaften reagieren sehr stark auf eigene Verluste“, heißt es bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Kampfdrohnen einzusetzen trage dazu bei, diesen Mechanismus zu unterlaufen. Zu beobachten sei das bei den gegenwärtigen Aktionen der USA. Mit dem Drohnenkrieg in Afghanistan und Pakistan seien auch deshalb so viele Amerikaner einverstanden, weil er keine eigenen Personen-Opfer fordere.

Eigentlich müsste ein Proteststurm durchs Land gehen. Unten „Schutzschirme“, mit denen man die kommunale Daseinsfürsorge torpediert, oben Millionen für Kampfdrohnen.

„Nicht der Krieg, der Frieden ist Vater aller Dinge“, hieß es einmal. Lebt eigentlich die hiesige SPD noch? Beim Ostermarsch sahen wir niemanden.



Gut besucht war die Veranstaltung der „Linken Runde“ zum Thema Griechenland. Der Referent Dieter Dehm, MdB DIE LINKE, beleuchtete Hintergründe und erhielt viel Beifall.

KURZ NOTIERT

Stadt erhält Zertifikat für Fairen Handel

Am 15. April erhielt Mörfelden-Walldorf als erste Kommune im Kreis ein Zertifikat für „Fairen Handel“.

Eine Initiative, die wir als DKP/LL mit einem Antrag eingebracht haben. Wir freuen uns und gratulieren.

Oft sagen uns Leserinnen und Leser:

Der „blickpunkt“ wird immer wichtiger!

Das freut uns und es macht Mut, dieses alternative linke Zeitungsprojekt zu erhalten.

Wir schreiben und gestalten die Zeitung selbst, bemühen uns um ein ordentliches Layout, lassen monatlich 15.000 Exemplare drucken und verteilen in einem großen Kraftakt die Zeitungen selbst.

Finanziert wird der „blickpunkt“ durch Spenden, die wir erhalten und über die wir uns sehr freuen.

Der größte Teil unserer Ausgaben wird von unseren Stadtverordneten getragen, die ihre Sitzungsgelder für diese Öffentlichkeitsarbeit spenden.

Das heißt aber auch: Die linke Opposition DKP/LL muß im Stadtparlament vertreten sein. Ohne Stadtverordnetenfraktion wird es keinen „blickpunkt“ geben.

Helft, dass er weiter erscheinen kann.

Unser Spenden-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau,
IBAN: DE37 5085 2553 0009 0034 19

Die Krake will wieder wachsen



Fraport will Ende des Jahres mit dem Bau des dritten Terminals beginnen - das bekommen die „guten Nachbarn“ jetzt vor den Latz geknallt. Nach dem Bau der Startbahn/West sagten alle Parteien: „Wir haben gelernt: Nie wieder dürfen Großprojekte gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt werden.“

Jetzt können wir uns auf mehr Starts und Landungen, auch von Billigfliegern, einstellen. Es kommt mehr Dreck und Krach, mehr Parkplatzdruck, mehr Straßenverkehr - und die Einzelhändler können dann alle langsam zumachen, wenn direkt vor der Haustür Tag und Nacht eingekauft werden kann.

Niemand, der noch politisch denkt, ist wohl ernstlich von dieser Entscheidung überrascht. Sie ist nur noch der Vollzug dessen, was Fraport, die Banken und das Kapital von vornherein gewollt haben.

Der von Tarek Al-Wazir, dem Wirtschafts- und Verkehrsminister der CDU-Grünen hessischen Landesregierung, noch im Wahlkampf zu hörende Satz „Mit mir wird es kein Terminal 3 geben“, steht für das Umfallen der Grünen beim Flughafenausbau.

Mit nur zwei Gegenstimmen wurde der Bau des Terminal 3 durch den Aufsichtsrat der Fraport AG beschlossen. Durchgesetzt hat sich auch die CDU - als Anwalt der Bau- und Finanzindustrie sowohl in der Landes- als auch in der Frankfurter Stadtregierung. Durchgesetzt hat sich die starke Lobby der Bau- und Finanzindustrie, die auf Kosten der hessischen Steuerzahler an dem Bau prächtig verdienen wird.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) reagiert mit Betroffenheit auf die bekannt gewordene Entscheidung der Fraport zum Bau des Terminals 3: „Mit der Entscheidung zum Bau des Terminals 3 wird die Fehlplanung „Flughafenausbau“ leider fortgesetzt“, kritisiert der BUND. Die nun bevorstehende Entwicklung ist nach Meinung des BUND in jedem Fall sehr nachteilig für die Region, denn entweder es entsteht eine Inve-

stitionsruine, weil die Passagierzahlen nicht wie prognostiziert steigen, oder es wird zu einer unerträglichen Steigerung des Fluglärms durch immer mehr Flugzeuge kommen.

Die Bürgerinitiativen sagen: „Die Entscheidung ist aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen. Es gibt keinen Bedarf für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens um die Größenordnung des Hamburger Flughafens. Alle Prognosen über das Wachstum des Flugverkehrs in Frankfurt haben sich bisher als Wunschdenken erwiesen. Eine Investition von drei Milliarden Euro kann Fraport nur finanzieren, weil das Land Hessen und Frankfurt Mehrheitsgesellschafter sind. Damit werden wir Bürger in die Haftung für dieses unverantwortliche Vorhaben genommen, ganz abgesehen von der Mehrbelastung durch Fluglärm und Schadstoffe.

Nun soll es also gebaut werden, das Terminal 3, für 3 Mrd. Euro. Ohne Rücksicht auf die Betroffenen im Umland. Wir erleben die Ignoranz des Kapitals, den Aufstieg neuer gigantischer Flughäfen.

Genau Letzteres ist es jedoch, was das Wachstum „auf Teufel komm' raus“ erzwingt: die Konkurrenz. Wachsen oder untergehen, das ist die Logik des „real existierenden Kapitalismus“. Deshalb auch nur Krokodilstränen bei den Grünen, deren Wirtschaftsminister nichts Besseres zu sagen hat als: „Jetzt werden wir verstärkt darauf achten, dass Fraport weitere Lärmschutzmaßnahmen umsetzt“.

Ein ernsthaftes Interesse, dem Flughafen Grenzen zu setzen, kann man den Grünen so wenig unterstellen wie der CDU und der SPD.

Nicht nur sind Land Hessen und Stadt Frankfurt Mehrheitseigner des Flughafens und bestimmen als Eigentümer letztlich wo, wie und ob investiert wird – also auch, ob ein Terminal 3 gebaut wird – sondern sie profitieren als Aktionäre und Steuereinnehmer auch vom Profit der Fraport.

Dies ist kein guter Tag für unsere Region. Das Bündnis der Bürgerinitiativen wird weiter gegen den Ausbauwahn kämpfen. Die gemeinsamen Ziele sind u.a.:

- Kein Terminal 3
- Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr.



Die Spargelernte ist schon voll im Gange und es wird durch die Folienabdeckung immer zeitiger damit begonnen. Früher hielten sich die hiesigen Spargelanbauer an die Regel, wonach am 26. April die Ernte beginnt und am 26. Juni endet. Vor dieser verhältnismäßig kurzen jährlichen Erntezeit - heute in neu angelegten Pflanzenkulturen oft nur noch 5 bis 8 Jahre möglich, früher 15 bis 20 Jahre üblich - war allerdings schon eine Menge Arbeit auf den Äckern zu leisten. Erst im dritten Jahr nach der Anpflanzung in ca. 50 cm tiefen und ca. 40 cm breiten, von Hand ausgehobenen Gräben, wurden über den tief sitzenden Pflanzenreihen die Balken, die Wahrzeichen der Spargeläcker, aufgehäuft und geglättet. Erst dann konnte mit der Ernte, dem zweimaligen Stechen am Tag, begonnen werden. Zu Hause erfolgte dann das Waschen, Ablängen, Sortieren und die Ablieferung in den Sammelstellen, die nur dafür für diese zwei Monate eingerichtet waren. Das heutige Foto, etwa aufgenommen um 1940, zeigt eine der Walldorfer Abnahmestellen im Hof der Gaststätte „Zum kühlen Grund“ in der Ludwigstraße 20, bei der „Haaselies“. So nannte man die Frau in Walldorf, die sich nicht nur um die Spargel kümmerte, sondern auch ihre Gäste in der Wirtschaft bediente und nebenbei ein Lebensmittelgeschäft betrieb. Man sieht sie auf dem Foto unten links in gebückter Haltung beim Hantieren mit einem Spargelkorb. Elise Haas (1879 - 1954) stammte aus der Mörfelder Metzgerei Haas (später Höflein) in der Langgasse, Ecke Umgehungsstraße und war die Tochter des Metzgermeisters Friedrich Haas und seiner Ehefrau Dorothea. Im Jahre 1902 heiratete sie in Walldorf den Schlosser Ludwig Zwilling und nach dessen Tod im Jahre 1917 den Landwirt Johannes Flauaus. Die Namen der anderen Frauen und Mädchen sind, hinten von links: Eleonore Zwilling, Margarethe Emmel, Christine Jourdan, Luise Schulmeyer, Kind unbek., Regine Balkmann, Magdalene Emmel, Else Jungmann, Emma Fingerhut, Maja Huxhorn, Lina Schneider, Elisabeth Gernandt. Der junge Mann ist unbekannt.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

Feuerpferd und Teufelsgeigerin

Figurentheaterstück für Kinder ab 6 Jahren
Freitag, 8. Mai 2015, 15:00 Uhr, Eintritt: 5 €

Musenkuss nach Ladenschluss

Freitag, 08. Mai 2015, 20:00 Uhr, Improvisationstheater,
AK: 8 €, erm.: 6 €

Depeche-Mode + 80er-Discoparty

Samstag, 09. Mai 2015, 20:00 Uhr, AK: 3 €

Country und Blues Jam Session

Freitag, 15. Mai 2015, 20:00 Uhr

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 21. Mai 2015, 20:00 Uhr

Quiz-Night

Freitag, 22. Mai 2015, 20:00 Uhr

StrickStückKick

Samstag, 23. Mai 2015, 18:00 Uhr

Wirtshaussingen im KuBa

Mit Ralf Baitinger, Fred Kraus und Tobi Toal
Samstag, 30. Mai 2015, 20:00 Uhr, AK: 3 €

Sonntagscafé immer ab 15 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Wann setzt merr Kadoffel ?

Setzt merrse im März -
des soin Ferz.

Setzt merrse im April -
macht se wos se will.

Setzt merrse im Mai -
kimmte se glei!